

Newsletter, September/Oktober 2024

Liebe Unterstützer*innen, liebe Mitstreiter*innen, liebe KuB-Interessierte,

wenn wir das Gefühl haben, wir brauchen zu aktuellen Entwicklungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht eigentlich nichts mehr schreiben, weil die **Diskussion** - wie in den letzten Monaten - ohnehin im Minutentakt auf allen Titelseiten bzw. Frontpages stattfindet, dann ist das erfahrungsgemäß immer ein sehr **schlechtes Zeichen**. Denn es heißt, dass es nicht mehr um die faden, komplizierten und weitgehend massenuntauglichen Feinheiten dieser Rechtsbereiche geht, sondern um etwas anderes. Dann soll auf Kosten von Geflüchteten und Migrant*innen etwas ausgetragen werden: z.B. Wahlkämpfe, Koalitionspositionen, Kanzler*innenfragen.

Die ohnehin schon überdrehte öffentliche Debatte wurde durch die traurige **Gewalttat auf dem Stadtfest von Solingen** noch zusätzlich emotionalisiert - selten ein guter Ausgangspunkt für weitreichende politische Entscheidungen. Entsprechend schnell lagen von fast allen Seiten Vorschläge für **erneute Verschärfungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht** (und anderen Bereichen) auf dem Tisch. Von immer drakonischeren Gesetzen, aber auch dem unmenschlichen Ton der Diskussion sind wieder vor allem schutzsuchende und rassifizierte Menschen betroffen - nicht nur rechtlich, sondern auch in Form direkter Angriffe, wie aktuelle Erfahrungsberichte und Statistiken schon bestätigen.

In der KuB versuchen wir mit unserem Angebot die schlimmsten Folgen dieser unmenschlichen Politik abzufedern und Unterstützung anzubieten, damit Schutzsuchende den Kampf für die ihnen zustehenden Rechte nicht alleine führen müssen.

Damit die KuB eine offene Anlaufstelle bleiben kann: Werde Teil des Förderkreises, spende an die KuB!

Für unser unabhängiges Beratungs- und Kursangebot sind wir dringender denn je auf Spenden angewiesen. Nur mit eurer Hilfe können wir weiter niedrigschwellig, kostenlos und verlässlich unsere Unterstützung bei asyl- und aufenthaltsrechtlichen Fragen und psychosozialen Problemen zur Verfügung stellen. Nur mit eurer Hilfe können wir Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Aufenthaltsstatus oder sonstigen politischen Kategorien unterstützen und ihnen Räume zum Deutschlernen bereitstellen.

Alles Wichtige zu Spenden und Förderkreis findet ihr unter: <https://kub-berlin.org/spenden/>

Spendenkonto: KuB e.V. / GLS-Bank / IBAN: DE70430609671150405202 / BIC: GENODEM1GLS

[Aktuelles aus der KuB]

Aktueller Beratungsbedarf

Der Beratungsbedarf in Kreuzberg ist unvermindert hoch und oft bildet sich schon vor Öffnung der KuB eine lange Schlange. Denn Schutzsuchenden wird nicht nur das **Menschenrecht auf Flucht immer stärker streitig gemacht** und Grenzübertritte gewaltsam verhindert. Auch wenn sie es bis nach Berlin geschafft haben, sorgen **stetig prekärer ausgestattete Beratungs- und Betreuungsstrukturen** in den Unterkünften und der Stadt dafür, dass sie mit ihren existenziell wichtigen Fragen weitgehend sich selbst überlassen bleiben. Und das, während sie einem übermächtigen und feindseligen Migrationsapparat beweisen müssen, dass sie das Recht haben zu bleiben.

Wir versuchen dann mit den Ratsuchenden zusammen mangelnde Aufklärung über ihre Rechtssituation auszugleichen, extrem kurzen Klagefristen hinterher zu rennen, bei unfassbar schwierigen Terminvergaben zu unterstützen, psychosoziale Minimalversorgung bereitzustellen, Deutschkurse zu vermitteln und vieles mehr. Aktuell kommen zudem vermehrt **Überlebende von Menschenhandel** in unsere Rechtsberatung. Bei der Verknappung sogenannter „legaler“ Fluchtwege und sich ständig verschärfenden Bedingungen auf den Fluchtrouten ist es auch nicht besonders verwunderlich, dass Netzwerke organisierter Kriminalität durch Menschenhandel profitieren.

Auch **Arbeitserlaubnisse** sind ein häufiges Thema in den Beratungen. In den Medien haben zwar populistische und rassistische Forderungen nach „Arbeitspflicht“ für Geflüchtete wieder Hochkonjunktur. In der Realität ist jedoch meist eine exakt gegenteilige Dynamik zu beobachten. Besonders Brandenburger Behörden erteilen Arbeitserlaubnisse oft nur schrittweise und benutzen sie gegenüber Menschen im Asylverfahren immer wieder als Druckmittel. Schnellere und hürdenlosere Arbeitserlaubnisse könnten jedoch sowohl bei Menschen im Asylverfahren, als auch bei Geduldeten dafür sorgen, dass sie Isolation entkommen und schneller ein selbstbestimmtes Leben führen können. Gerichte entscheiden diese Fälle im Gegensatz zu den „Ausländerbehörden“ häufig im Sinne der Antragsteller*innen, von denen aber nur wenige das Risiko eines Gerichtsverfahrens in Kauf nehmen können.

Dringende Beratungsanliegen ergeben sich auch aus der Zunahme negativer Bescheide durch das BAMF für **Schutzsuchende aus Afghanistan** (siehe unten) sowie durch die Wiederaufnahme von **Überstellungen nach Griechenland**, die jetzt auch **Iraner*innen und Iraker*innen** treffen können. Die Rechtsprechung ging bis Anfang des Jahres noch davon aus, dass die Zustände im griechischen Asyl- und Aufnahmesystem dafür unzumutbar sind, weshalb diese Überstellungen kaum stattfanden. Weiterhin Dauerthemen sind der **Zugang zu lebenswichtiger medizinischer Versorgung** und Medikamenten im Herkunftsland (z.B. Georgien) sowie drohende **Familientrennungen** durch Umverteilungsentscheidungen.

Neues Deutschkurs-Semester

Am 21.10. starten in der KuB die neuen Deutschkurse. Auch in diesem Semester können wir wieder 7 Kurse anbieten - **von A1.1 bis B1 sowie Alphabetisierungs- und Konversationskurs**.

Alles zu Terminen und Anmeldung gibt es wie üblich unter: <https://kub-berlin.org/de/angebote/deutschkurse/anmeldung-und-stundenplan/>

Wir planen außerdem auch die Fortführung unseres **Anfänger*innenkurses von und für LGBTIQ+ Personen**. Da der aktuelle Kurs noch läuft, wird auch der neue etwas später beginnen. Da es für LGBTIQ+ Lernräume sehr viel Bedarf und kaum Angebot gibt, wollen wir mit dieser [kleinen Dokumentation](#) des aktuellen Kurses zur Nachahmung ermutigen.

Wir suchen weiter ehrenamtliche Sprachmittler*innen

In unseren Beratungen oder auch als Begleitung zu Terminen benötigen wir häufig die Unterstützung von ehrenamtlichen Sprachmittler*innen. Zur Zeit gibt es in der KuB etwa 100 solcher Sprachmittler*innen für über 20 Sprachen. Aktuell haben wir **besonderen Bedarf für Dendi, Albanisch, Farsi, Französisch, Arabisch und Türkisch**. Wegen vieler spezifischer Themen und Beratungskonstellationen **freuen wir uns besonders über die Unterstützung von Frauen***. „Professionelle“ Dolmetscher*innen-Erfahrungen sind nicht notwendig.

Falls ihr Zeit und Interesse habt, meldet euch gerne bei uns unter: sprachmittlung@kub-berlin.org

Aktuelle Infos gibt es hier: <https://kub-berlin.org/de/mitmachen/ehrenamtliche-mitarbeit/>

Bewerbungen für Praktika im Erstkontakt ab Dezember und Januar

Außerdem haben wir ab Dezember 2024 und Januar 2025 noch freie Praktikumsplätze im Erstkontakt zu vergeben! Wir freuen uns über Bewerbungen (Motivationsschreiben und Lebenslauf als PDF) mit Angabe der gewünschten Praktikumsdauer bis zum 22. Oktober an: kontakt@kub-berlin.org.

Alle Infos gibt es unter: <https://kub-berlin.org/mitmachen/praktikum>

Kollaboration für den Film "Mediha" auf dem Human Rights Film Festival Berlin

Vom 4. bis 12. Oktober fand das Human Rights Film Festival Berlin statt. Da uns die Filmemacher*innen des Festivalfilms "Mediha" schon vor einiger Zeit als lokale **Partnerorganisation** in das Projekt einbezogen haben, freut es uns besonders, dass der Film den **Jurypreis** gewinnen konnte! Als ein Videotagebuch verarbeitet die 15-jährige Jesidin Mediha Ibrahim Alhamad in dem nach ihr benannten

Film das Trauma ihrer Gefangenschaft und Versklavung durch den "Islamischen Staat". Gleichzeitig sucht sie mithilfe eines jesidischen Unterstützer*innen-Netzwerks nach ihren weiterhin gefangenen Eltern und ihrem jüngsten Bruder.

Neben einer außerordentlich mutigen Protagonistin zeigt der Film, dass der Nordirak von Frieden oder Aufklärung der Verbrechen weit entfernt ist. Und er zeigt - in Verbindung mit unserer eigenen Arbeit - dass es einen **Abschiebestopp und dauerhaften Schutzstatus** besonders für Jesid*innen, aber auch andere Gruppen braucht. Die derzeitige Abschiebep Praxis ist unmenschlich und lebensgefährlich

<https://www.humanrightsfilmfestivalberlin.de/de/mediha/action>

Die Yoga-Gruppe für Geflüchtete und Migrant*innen pausiert

In der KuB gibt es ja auch immer mal kleinere Projekte und Angebote, die manchmal in der Wahrnehmung kürzer kommen. In den letzten eineinhalb Jahren gab es z.B. die **wöchentliche Yoga-Gruppe mit englischer und arabischer Anleitung**. Da die Organisatorin nicht mehr in Berlin ist, pausiert der Kurs nun erst einmal. Wenn ihr eine Person seid/kennt, die sich vorstellen kann, den Kurs weiter zu machen, meldet euch gerne bei uns!

[Aktuelles außerhalb der KuB]

Asyl- und Migrationspolitik "nach Solingen"

Am Morgen nach der Gewalttat auf dem Stadtfest von Solingen war die KuB mit vielen anderen tollen und wichtigen Initiativen beim Beyond Borders Festival im Görlitzer Park vertreten. Als erfahrenen Aktivist*innen war den meisten dort klar, dass dieses traurige Ereignis im derzeitigen politischen Klima zu weiteren Restriktionen im Bereich Migration und Asyl führen wird. In welchem Umfang, mit welchem Tempo und mit wie wenig Gegenwehr der Abbau von Menschenrechten aber seitdem stattfindet, ist auch für uns ein Schock!

Abschiebungen in Folterstaaten, Leistungskürzungen für Schutzsuchende, sogenannte „Sicherheitspakete“ und innereuropäische Grenzkontrollen - im Bereich der Asyl- und Migrationspolitik wurde im Umfeld der drei Landtagswahlen vom September kaum etwas unangefasst gelassen. Wenig überraschend bescherte die völlig unverhältnismäßige Problematisierung von Migration und die ständige Verbindung zwischen humanitären mit Sicherheitsfragen der extremen Rechten kaum zu fassende Wahlergebnisse in drei Bundesländern.

Gerade in dieser Zeit ist es notwendig, Betroffenen durch praktische Solidarität zur Seite zu stehen, aber sich auch öffentlich gegen die politische Dynamik zu wehren. Die KuB ist deshalb Erstunterzeichnerin der Petition „Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte verteidigen“. Ihr könnt sie hier unterstützen: <https://weact.campact.de/petitions/rechtsstaatlichkeit-und-menschenrechte-verteidigen>

Das „Sicherheitspaket“ Stigmatisierungs- und Überwachungs paket

Am 18. Oktober wollen Bundestag und Bundesrat über das sogenannte „Sicherheitspaket“ entscheiden. Darin enthalten sind z.B. die Streichung von Sozialleistungen für Asylsuchende, die als „Dublin-Fälle“ eingestuft werden, weitgehende Befugnisse für anlasslose Kontrollen im öffentlichen Raum, diskriminierende Grenzkontrollen und eine polizeiliche Superdatenbank mit Gesichtserkennung und Datenanalyse. Wir kritisieren nicht nur die konkreten Maßnahmen, sondern vor allem die **konstruierte Verbindung zwischen Migration und Sicherheit**, die sich nicht seriös belegen lässt.

Ideen, weiter dagegen vorzugehen findet ihr hier: notlagemenschlichkeit.de

Mehr Einschätzungen zum Sicherheitspaket:

<https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/asyl-und-sicherheitspaket-paritaetischer-kritisiert-verschaerfungen-und-warnt-vor-not-und-obdachlosigkeit/>

<https://netzpolitik.org/2024/biometrische-ueberwachung-sicherheitspaket-als-buechse-der-pandora/>

Neue Abschiebe-Abkommen mit Usbekistan (Afghanistan), Kenia und der Türkei

Die Absicht „in großem Stil“ abzuschicken dominiert ebenfalls weiter die Migrationspolitik. Dass Afghanistan weiter von einem menschenverachtenden Taliban-Regime beherrscht wird, hat die Bundesregierung nicht daran gehindert, ein „indirektes“, über Usbekistan vermitteltes Abkommen zu schließen. Vor diesem Hintergrund wurden bereits im August **28 Menschen nach Afghanistan abgeschoben** - auch aus Berlin. Als Rechtfertigung wurde beteuert, es handele sich um „Straftäter“. Doch unabhängig davon, wen das beinhaltet, **lehnen wir aufenthaltsrechtliche Sanktionen aufgrund von strafrechtlichen Vorwürfen ab** (und auch die damit verbundene Legitimierung des Unrechtsregimes der Taliban). Eine entsprechende Stellungnahme haben auch [die Landesflüchtlingsräte](#) abgegeben.

Neue Abkommen zur Beschleunigung von Abschiebungen wurden auch mit **Kenia und der Türkei** abgeschlossen. Die deutsche Abschiebep Praxis umfasst auch weiterhin Überstellungen in den Irak und nach Iran. Die Abschiebung eines Syrers nach Griechenland hat der **Europäische Gerichtshof für Menschenrechte jüngst als „unmenschlich verurteilt**, da weder Haftbedingungen noch Zugang zu einem Asylverfahren geprüft wurde.

Die „Abschiebeoffensive“ muss dringend gestoppt werden!

Aufnahme von Menschen aus Gaza

Die humanitäre Situation in Gaza ist katastrophal. Die **Basisversorgung mit Wasser, medizinischer Versorgung, Lebensmitteln und Elektrizität ist komplett zusammengebrochen**. Als Teil des Berliner Netzwerks für besonders schutzbedürftige geflüchtete Menschen (BNS) **fordern wir** deshalb:

- die humanitäre Aufnahme von vulnerablen Gruppen, Verletzten und medizinisch behandlungsbedürftigen Personen aus dem Gazastreifen
- die Erweiterung der Aufnahmeregelung für Geflüchtete mit Verwandten in Berlin auf Personen aus den palästinensischen Gebieten.

Mehr Informationen gibt es hier:

<https://www.ueberleben.org/neuigkeiten/aktuelles/humanitaeres-landesaufnahmeprogramm-gaza-20240911/>

Aber auch für Menschen, die Gaza verlassen haben ist die Situation inakzeptabel. Trotz breiter Kritik von Menschenrechtsorganisationen und mehrerer gegenteiliger Verwaltungsgerichtsurteile **entscheidet das BAMF unter Verweis auf „eine vorübergehende ungewisse Lage“ weiterhin nicht über die Asylanträge von Asylsuchenden aus Gaza**.

Widerstand gegen die Bezahlkarte

Auch nachdem sich die Länder auf die Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete (nicht abwegig, dass andere prekäre Gruppen folgen) geeinigt haben, geht die Auseinandersetzung weiter. Einige Kommunen sind mit der Umsetzung vorausgeeilt. Die ersten erwartbaren Gerichtsurteile gegen die Karten sind auch schon gefällt. Aachen hat die Einführung als erste größere Stadt komplett abgelehnt. In der Berliner Regierung gibt es zur Karte wohl noch unterschiedliche Positionen.

Die [Liste der Argumente gegen die Bezahlkarte](#) ist lang.

Eine Gruppe Betroffener um den International Women* Space plant **am 23. November eine Konferenz**, um sozial, politisch und rechtlich gegen die Karte zu organisieren, Ankündigungen folgen.

Auch die [Petition](#) des Flüchtlingsrats Berlin ist weiterhin offen.

Zugang zu Krankenversicherung: AKKA Kampagne vom Medibüro Berlin

Angesichts der immer weiter entgleitenden Diskussion um Flucht und Migration ist es umso wichtiger, konstruktive Gegenpositionen zu formulieren. Das Medibüro Berlin liefert ein Argumentations-Kit zur Krankenversicherung für alle. Denn Zugang zu medizinischer Versorgung darf nicht am Aufenthaltstitel hängen: <https://akka-kampagne.de/>

Kampagne „Anmeldung für alle!

Ein **Bankkonto** eröffnen, eine **Steuer-ID** bekommen, einen **Arbeitsvertrag** unterschreiben - für all das ist eine Anmeldung erforderlich. Die Anmeldesituation in Berlin ist noch angespannter als die Wohnungssituation. Besonders betroffen sind Migrant*innen ohne EU-Pass, da sie auf dem Wohnungsmarkt besonders häufig diskriminiert werden und auch **aufenthaltsrechtliche Fragen** mit der Anmeldung zusammenhängen können. Wir unterstützen die Kampagne „Anmeldung für alle!“ mit ihren Forderungen nach Universalanmeldung, Entkriminalisierung von Scheinanmeldungen und einer Lösung für die Wohnungskrise.

<https://anmeldung-fuer-all.wixsite.com/berlin/de>

[Termine]

18.10.2024 - Straßenfest „Break the Isolation“, Berlin

Turbulence-Gelände, Flughafen Tegel

7.11.2024 - Afghanistankonferenz des FR Berlin

Details folgen

23.11.2024 - Konferenz „Nein zur Bezahlkarte“, Berlin

Nachbarschaftshaus Urbanstraße

11.-13.12.2024 - BumF Tagung „Dem Rechtsruck etwas entgegen setzen!“, Erfurt